

Die innere Lage.

Ausgleichsversuche.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
 Berlin, 28. Aug. Auch heute früh ist die innenpolitische Lage so gut wie unverändert. Wesentliches Interesse erregt die „Kaiserliche“ Mitteilung, daß doch noch Kompromißmöglichkeiten beständen. Tatsache ist, daß die Führer der Deutschen Volkspartei nochmals geknirschen und den Deutschen Nationalen mit neuen Vorschlägen vorzuschlagen nähergetreten sind, nachdem die gestrige Präzisionslösung der Deutschen Nationalen noch nicht zu endgültigen Beschlüssen gelangte.

Infolge der kommunistischen Ständebilligen im Reichstag haben die Mittelparteien gestern abend mit den Sozialdemokraten besprochen, um die Geschäftsordnung des Reichstages derart zu verschärfen, daß eine Wiederholung der kommunistischen Terrorakte unmöglich wird. Die Besprechungen werden heute fortgesetzt, was darauf hindeutet, daß in Parlamentarischen Kreisen immer noch die Hoffnung besteht, auf eine Annahme der Gutachtenkommission und damit auf ein Zusammenbleiben des Reichstages.

Abstimmung heute abend?

(Drahtmeldung unserer Berliner Korrespondenz.)
 Berlin, 28. Aug. Die Abstimmung im Reichstag über die Dawes-Gesetze wird heute gegen Abend erwartet. Die Mehrheitsparteien hoffen, selbst bei einer kommunistischen Opposition die Abstimmung nach der dritten Beratung heute noch vornehmen zu können. Bei der Deutschen Volkspartei bestand bei Beginn der Sitzung noch immer die Hoffnung, daß eine Zweidrittelmehrheit für das Eisenbahngesetz erreicht und die Auflösung des Reichstages vermieden werden könne.

Ein Antrag der Koalitionsparteien verlangt folgende Fassung des § 4 des Gesetzes über die Londoner Konferenz: „Der Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes bestimmt die Reichsregierung.“ Dieser Antrag ist anscheinend von der Regierung gewünscht worden. Er würde ihr die Möglichkeit geben, am Sonnabend durch den Londoner Botschafter das Schlussprotokoll der Konferenz unterzeichnen zu lassen.

Eine optimistische Stimme.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
 Berlin, 28. August. Der Berliner Korrespondent der „Neuen Zürcher Zeitung“ telegraphierte gestern abend, daß sich die parlamentarische Lage soweit geklärt habe, daß mit einer Annahme der Gutachtenkommission mit einer Zweidrittelmehrheit gerechnet werden könne. Eine Auflösung des Reichstages würde vermieden. Der Grund liege in einem Antrag der Deutschen Volkspartei, worin der Reichstag ersucht wird, darauf hinzuwirken, daß das Abgabegesetz vor dem 15. Januar 1925 geräumt werde.

Anzeigen wegen der Reichstagschlägerei.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
 Berlin, 28. August. Der Präsident des Reichstages hat über die Schlägerei im Reichstagsgebäude, die zur Körperverletzung von sechs Abgeordneten geführt hat, Anzeigen bei der Staatsanwaltschaft des Landgerichts I erlassen. Der Ankläger haben sich zwei von den Kommunisten ermischelte Abgeordnete angeschlossen.

Bermutungen der französischen Presse.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
 Paris, 28. Aug. In der gestrigen Abstimmung im deutschen Reichstag nehmen nur wenig Wähler der Morgenpresse Stellung. Das „Echo de Paris“ schreibt: Welche Haltung werden morgen die Deutschen Nationalen einnehmen? Das ist die Frage, die das deutsche Volk sich mit wahrhaftiger Angst vorlegt. Die öffentliche Meinung ist sich der Schwere des Augenblickes bewußt. An den Wirtschafts- und Finanzkreisen würde eine Ablehnung des Sachverständigenberichts eine Panik hervorrufen. Die Nationalisten würden gern, wenn es auf sie ankommt, zum Rück-

zug blasen, und es liegt auch kein Beweis dafür vor, daß sie nicht auch noch im letzten Moment ein Mittel dafür finden, um die Auflösung des Reichstages zu verhindern. Trotzdem hat sich ihre Fraktion derart festgesetzt, daß es ihr schwer sein wird, aus der Sackgasse herauszukommen. Wir glauben, daß die Auflösung des Reichstages notwendig ist. Welchen Wert würde denn auch eine Abstimmung haben, die ein oder zwei Stimmen Mehrheit ergibt. Die nationalpolitische Opposition ist deswegen nicht weniger hart. Wir haben die Gewißheit, daß die schädlichen Elemente im Reichstage alles tun würden, um die Londoner Beschlüsse zu sabotieren. Die deutsche Regierung denkt immer mehr daran, anstatt die Elemente der Uneinigkeit zu lieben, den Nationalisten im Falle einer Annahme den Eintritt in das Kabinett zu erleichtern. Unter diesen Bedingungen könnte eine Annahme der Gesetze durch den Reichstag uns keinerlei Garantie bieten.

Der Widerstand der Nationalisten gestattet eine Wahlkampagne mit besten Aussichten auf Erfolg. Man könnte hoffen, daß die demokratischen Elemente aus den neuen Wahlen gehärtet hervorgehen. Der Reichstag, der aus den Wahlen vom 4. Mai hervorgegangen ist, ist ein wahres Geschwür am Leibe Europas. Neuwahlen sind daher zu wünschen unter der Voraussetzung, daß das deutsche Volk die Absicht hat, sich nach der friedlichen Richtung zu orientieren.

Der „Gaulois“ schreibt: Der Dawes-Plan hat gestern im Reichstag eine neue Niederlage erlitten, die, obwohl noch nicht endgültig, trotzdem inwieweit ernewa ist, um seine Zweifel über das endgültige Resultat aufkommen zu lassen. Es wird dem Reichskanzler nichts anderes übrig bleiben, als seinem Tische das Nullum absetzen und herauszugeben, wie er es Herriot und Macdonald in London versprochen hat. Die Opposition der Nationalisten ist um so merkwürdiger, als der Dawes-Plan hinsichtlich der Organisation der deutschen Eisenbahnen in seiner Weise die Souveränität des Deutschen Reiches berührt. (1) Wenn die Nationalisten trotzdem Obstruktion treiben, so ist es nur deshalb, weil das militaristische Deutschland um seinen Preis die Londoner Beschlüsse annehmen will. Es erlaubt zu wissen, daß die Neuwahlen seine Mehrheit bringen werden. Wir hätten uns in diesem Falle wegen des Widerstandes der Nationalisten zu bedauern müssen.

Die „Victoire“ schreibt: Die deutschen Nationalisten haben mit einer Ablehnung auf das Wort der Versöhnung und Befriedigung geantwortet, das der Dawes-Plan darstellt. Die Auflösung des Reichstages wird wenigstens den Vorteil haben, daß sie dem deutschen Volke erlauben wird, sich vor aller Welt auszusprechen. Das demokratische Deutschland muß in dem Kampfe, der dann beginnen wird, zeigen, daß es sich endgültig über das revidierte und imperialistische Deutschland hinwegsetzt. Der Frieden, kann man sagen, liegt in der Hand Deutschlands.

Der „Quotidien“ schreibt: In London glaubte der Reichskanzler und sein Außenminister sicher zu sein, daß sie die Zweidrittelmehrheit erhalten. Die Ereignisse haben gezeigt, daß sie die Pötte schlecht konnten. Vergeblich hat Dr. Curtius im Namen der Deutschen Volkspartei den Deutschen Nationalen mehrere Ministerportefeuilles versprochen. Vergeblich haben in den besetzten Gebieten Dunderde von Randaebungen katastrophal. Die Nationalen sind bei ihrer Politik der Sabotage geblieben. Abirre der Führer der Deutschen Nationalen haben die Gefahren der von der Mehrheit ihrer Partei befohlenen Politik erkannt. Es ist nicht mehr als recht, daß auch auf die Kommunisten der Teil derjenigen Verantwortlichkeit entfällt, der ihnen auferlegt. Wenn die Kommunisten den Schwandlaß verlassen hätten, wäre die Rechte nicht imstande gewesen, eine Mehrheit von über einem Drittel auszubringen. Am Falle der Reichstag aufgelöst wird, können die Neuwahlen Ende September stattfinden. Da voraussichtlich die Kommunisten, die Deutschen Nationalen und die Deutschsozialisten zusammen etwa drei Fünftel Stimm manieren der Koalition oder Sozialdemokraten verlieren werden, werde der neue Reichstag lebensfähig sein und die ganze politische Atmosphäre wird bereinigt werden.

Volk zu einer Einigung kommen. Lassen Sie mich vom französischen Standpunkt aus prüfen, wie weit der französische Ministerpräsident über das hinausgehen konnte, was London gebracht hat. London brachte einen Zwangsvergleich zwischen „Gestern“. Wenn nun auch dieses Kompromiß nicht befriedigt, wie es auch nicht ist in Frankreich und nicht in England, so ist damit nicht eigentlich der Beweis geführt, daß jede Delegation das Beste herauszuholen verliert hat? Das Kompromiß hat doch nicht Gewicht.

Man spricht hier von der „wirtschaftlichen Bibel“. Sie (in den Deutschnationalen) sollten doch großzügigere Kritik üben. Ich habe mir vorher die Unterlagen eben lassen. Es handelt sich allerdings bei der Annahme des von Dr. Cuno erwähnten Punks um eine Geschmackslosigkeit. Die Schrift ist vom Auswärtigen Amt herausgegeben und von dem Verleger, der die Herausgabe befragt, in geschmackvoller Weise annouciert worden. (Nur bei den Deutschnationalen: Na, na!) Glauben Sie mir, mit erhebener und erregter Stimme, es hat in den letzten Tagen Wichtigeres zu tun gegeben, als sich um solche Geschmackslosigkeiten zu kümmern. Ich selbst habe hier immer nur von der Auffassung der Amerikaner gesprochen, die diese von dem Dawes-Abkommen haben, nie von der unsrigen. Ich habe gefürchtet, für Amerika ist dieses Abkommen die wirtschaftliche Bibel, denn ich bin mir vollkommen klar darüber, daß bei dem amerikanischen Volk — bei dem die Zahl der Väter dieses Dokumentes wahrscheinlich noch geringer ist, als in Deutschland (Deutschland) — der Gesichtspunkt im Vordergrund steht: Unser Staatssekretär hat den Anstoß gegeben für das Dawes-Abkommen, unser General hat es ausgearbeitet, unser ist der Gedanke, der zur Befriedigung Europas führt, wir haben den Frieden gewonnen, wir haben auch den Frieden gemacht.

(Bei Schluß der Redaktion dauert die Sitzung fort.)

Die Berliner Presse zur Reichstagschlägerei

In den ständelosen Verhandlungen im Reichstag, wo sich zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten eine regelrechte Schlägerei entspannt, nachdem der demokratische Abgeordnete Brand auf sich gegen die Annäherung der politischen Organisationen ausgesprochen hatte, nimmt die gesamte Berliner Presse Stellung, und zwar im Sinne einer Ablehnung derartiger Vorkälle, wenn auch die Motivierung und die Ausformulierung der Tatsachen nach dem Parteistandpunkt eine verschiedene ist. Vor allem aber wird der Wunsch laut, Mittel und Wege zu finden, solche der Würde des Reichstages und des deutschen Volkes geradezu ins Gesicht schlagende Vorkälle unmöglich zu machen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt: „Der heutigen Kuppelung mit erlebt hat, der kann keineswegs genug sein, daß es sich dabei um den endgültigen Höhepunkt derartiger Ausschreitungen gehandelt hat; er ist vielmehr darauf gefaßt, daß demnächst die Auseinandersetzungen unter Jubelstufen von Zuschauern, Brownings und Handgranaten in Szene gehen. Es sei denn, daß sich der Reichstag endlich dazu aufrafft, geschäftsordnungsmäßige Maßlichkeiten zu schaffen, um derartige Unwürdigkeiten zu verhindern. Zeitlich heranzuziehen hat, daß die Kommunisten systematisch die Immunität und den besonderen Schutz, die sie im Reichstage genießen, in der maßlosesten Weise missbrauchen. Es ist nachgerade ein Unflut, über Unmenschen zu sprechen und Affektionen von der besonderen Art der Abgeordneten aufrechtzuerhalten, die sich immer wieder als völlig unmöglich erweisen. Wenn diese Ausschreitungen derart missbraucht werden, so besteht die Notwendigkeit, und wer auf Anstand und Würde bedacht ist, der wird auch durch ihre Einschränkung nicht in Verlegenheiten geraten.“

Die „Kreuzzeitung“ äußert sich folgendermaßen: „Heber die Zukunft der Nation gilt es zu entscheiden, der Reichstag soll wichtige Beschlüsse fassen. In solcher Stunde verhalten sich Sozialdemokraten und Kommunisten. Wieder wird das deutsche Volk durch seinen Reichstag vor der ganzen Welt blamiert. So kann es nicht weitergehen. Es muß die Politik, die schon jetzt im Gange ist, in oder neben dem Sitzungssaal. Sie muß sofort einreisen, wenn rote Kräfte, welche die Acht anwandeln, sich anschieben. So lange dieser unbeschämte Parlamentarismus das Volk regiert, kann auf die Volksgesundheit nicht verzichtet werden.“

„Sehe schaut“ hebt die Berliner „Morgenzeitung“ ins Gewicht, wenn sie schreibt: Die Wahrheit gebietet es, festzustellen, daß ein erheblicher Teil der moralischen Wertschuld an den hier geschäftigten Vorgängen der Reichstagsaktion der nationalsozialistischen Partei beizumessen ist. Schon zu Beginn des Inmattes taten sich einige Führer der Deutschvölkischen, besonders Herr v. Gräfe, dadurch hervor, daß sie die Ereignisse der Kommunisten durch unparlamentarische und aufheuernde, gegen den Abgeordneten Dr. Brand gerichtete Zurufe noch auffachelten. Als der kommunistische Hausen sich dem Anmarschen näherte, schoben sich auch in Erwartung der Explosion mehrere deutschvölkische Abgeordnete, an ihrer Spitze der Münchener Straßenschnitzmeister Jacob, vor, provozieren durch ihre Zurufe immer noch mehr und beschleunigten dadurch die Explosion. In der Debatte, die sich an die Präzedenz anschloß, gaben deutschvölkische Abgeordnete, von denen man meinen sollte, daß sie nicht denselben Kreisen entstammten, wie die Kommunisten, durch Zurufe der kommunistischen Auffassung der Angelegenheiten ihre Sympathie kund. Das ist vielleicht die bitterste Erfahrung, die man aus der heutigen Reichstagsaktion mit nach Hause nehmen muß.

Der „Kaiserliche“ schreibt in bitterer Dohne: Es raft der Parlamentarismus und will seine Tropfen haben. Nie sah dieser Saal solche Männerstatten. Er nennt nicht von den Tribünen das Volk auf seine Vertreter. Endlich bannet der Gel auf. Von allen Seiten wird die Ehrfurchung und Abscheu laut und erhebt schließlich die Häuser der Parlamentarier.

Die „D. A. N.“ leitet ihren Bericht über die Ständelösung mit folgenden Worten ein: Das deutsche Volk war endlich, seinem Reichstag „Punkt“ auszurufen. 24 Stunden vor der Entscheidung über London mußte er nichts Besseres zu tun, als sich zu prägen. Wie es kam? Durch die Wohlbedachtigkeit unserer Kommunisten, die gefaßt, da ihnen Obstruktion gegen die Gesetze selbst offenbar nicht mehr aussticht, erhebt — vielleicht bekommen sie auch Kraft vor ihrer eigenen Courage — die letzte Gelegenheit zu einer Aufführung des Parlamentarismus bewiesen, wie sie ihn auffassen“. Zwei Minuten lang waren Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten ein blühender Haufe geschwätzter Arme und prächtiger Körper. Von Köpfen sah man gar nichts mehr. Da der Präsident nicht durchdrang, riefen die Anhänger das „Volk zur Ordnung, sie schrien „Punkt“ und noch derberes. Und schließlich löste sich der Anmel. Jetzt berät man das Eisenbahngesetz weiter, etwas beschämt, aber sehr pflichtfertig. Und das ist gut; denn wenn man schon so schamhafte Szenen im eigenen Hause hinhinnehmen muß, so soll man wenigstens nicht den Kommunisten den Gefallen tun, ihre Geschäfte bis zu Ende zu betreiben. Diese Herren sollen sehen, daß man auch jetzt schon, trotz ihrer Vorlesungen, weiter zu arbeiten vermag.“

Reichstagspräsidenten schweigt sich das „Berliner Tageblatt“ über diese Vorgänge aus, während die „Köfische Zeitung“ folgende Annahme findet: „So selbstverständlich die Forderung ist, daß die Reichstagsmehrheit alles tun muß, um Ruhe im Parlament aufrecht zu erhalten und Szenen, wie sie sich am vergangenen Freitag und gestern wieder ereignet haben, mit allen Mitteln zu verhindern, so muß doch auch von den Regierungsparteien alles vermieden werden, was den Verlust der Opposition, einer klaren Entscheidung auszuweichen, erleichtern könnte. Die Abstimmung muß möglichst von sämtlichen Abgeordneten vorgenommen werden. Kommt es zu einer Auflösung, dann wird die Wählerkraft zu entscheiden haben, ob sie abermals die Rabaukbrüder in den Reichstag schicken will, die in den letzten

Vor der Völkerbundstagung.

Der Hauptprogrammpunkt der Tagung.

Genf, 28. August. (Schweizerische Tages-„Agentur“.) Die bevorstehende fünfte Völkerbunderversammlung wird nach allgemeiner Auffassung die Fortentwicklung der internationalen Friedensorganisationen von hoher Bedeutung sein. Nachdem die Londoner Konferenz erfolgreich zu Ende gegangen ist, werden die Ministerpräsidenten Frankreichs und Englands in Genf zum ersten Male persönlich an dem schwierigen Problem der

Verstärkung der militärischen Rüstungen und der Sicherung der Staaten gegen militärische Überfälle im Rahmen ihrer Regierungen Stellung nehmen. Herriot und Macdonald werden bereits am Dienstag, dem 2. September, in Genf einreisen und im Laufe der allgemeinen Diskussion über den Jahresbericht des Völkerbundesrates und des Sekretariats das Wort ergreifen. Sie werden voraussichtlich bis Sonntag, den 6. September, in Genf bleiben. Die Eröffnungsfeierung wird vom belgischen Minister des Äußeren Dumans geleitet werden. Unter den Kandidaten für die Präsidentschaft dieser fünften Jahresversammlung wird, wie in offiziellen Kreisen verlautet, der Chef der schweizerischen Delegation, Bundesrat Motta, mit besonderem Nachdruck genannt. (S. T. B.)

Parmoor's Plan einer Erweiterung des Völkerbundes.

London, 28. Aug. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ erzählt, daß Lord Parmoor nach wie vor wünscht, in Genf einen Plan betreffend die Erweiterung und Demokratisierung des Völkerbundes einzubringen. Nach diesem Plan sollen die Mitglieder des Rates von zehn auf sechzehn erhöht werden und es sollen darunter Züge für Deutschland und später für Rußland vorgesehen werden. (S. T. B.)

Die Naturalisierung von Südwestafrika.

(Durch Funkfunks.)
 Kapstadt, 28. August. Die Bill, betreffend die Naturalisierung in Südwestafrika, ist vom Repräsentantenhaus in zwei Lesungen erledigt worden. Heute wird die dritte Lesung beginnen. General Hervey brachte einen Änderungsantrag ein, wonach jeder erwachsene männliche und weibliche europäische Angehörige einer vormals schuldigen Macht, der am 1. Januar 1924 seinen Wohnsitz in Südwestafrika hatte, sechs Monate nach Inkrafttreten der Bill als britischer Bürger unter der Bill von 1919 naturalisierter Staatsangehöriger gelten soll, außer wenn er binnen dieser sechs Monate eine schriftliche Erklärung abgab, daß er nicht naturalisiert zu werden wünsche. Auf Antrag von Smith wurden noch die Worte eingefügt „oder an iracundiger Zeit vor Beginn der Laufzeit dieser Bill“. Das soll sich auf die Personen beziehen, welche zwischen dem 1. Januar 1924 und dem Inkrafttreten der Bill nach Südwestafrika zurückkehrten. General Hervey stimmte diesem Änderungsantrag zu. (S. T. B.)

Die Zusammenstellung der französischen Delegation.

(Durch Funkfunks.)
 Paris, 28. Aug. Heute vormittag findet ein Ministerrat statt, der u. a. die Zusammenstellung der französischen Delegation für die Völkerbunderversammlung in Genf bestimmen soll. Die „Matin“ hierzu mittels, hatten der Ministerpräsident und seine hauptgeschäftlichen Mitarbeiter bereits gestern im Quai d'Orsay mehrere Besprechungen, in denen die Liste der Delegierten schon aufgestellt worden sein soll. Es sei behauptet worden, sagte „Matin“ hinzu, daß der Delegation auch der ehemalige Ministerpräsident Briand angehören werde. Herriot habe ihn tatsächlich eingeladen, diese Ernennung anzunehmen, aber Briand habe aus persönlichen Gründen den Antrag abgelehnt. (S. T. B.)

Macdonald will nicht allein abräumen.

(Durch Funkfunks.)
 London, 27. Aug. „Daily News“ zufolge nahm Macdonald gestern in einer Rede in Forres (Schottland) Bezug auf die Stellung Großbritanniens zur Abrüstungsfrage und sagte: Wenn wir die Abrüstung forcieren sollen, können wir es nicht allein tun. Sie muß auf Gegenseitigkeit beruhen und unter gemeinsamer Zustimmung erfolgen. (S. T. B.)

Studentengruppen für den Völkerbund.

Genf, 28. Aug. Die internationale Vereinigung der unter den Universitätsstudierenden von 22 Ländern der verschiedenen Weltteile gebildeten Gruppen für den Völkerbund hat zu Beginn des Monats September in Genf ihre Jahresversammlung ab. Eine große Anzahl Delegierter und Mitglieder wurde am Montag von dem Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, im Völkerbundspalast offiziell begrüßt. Die Studenten werden in den nächsten Tagen in der Aula der Universität einem Ferienkurs bewohnen. (S. T. B.)

Die Naturalisierung von Südwestafrika.

(Durch Funkfunks.)
 Kapstadt, 28. August. Die Bill, betreffend die Naturalisierung in Südwestafrika, ist vom Repräsentantenhaus in zwei Lesungen erledigt worden. Heute wird die dritte Lesung beginnen. General Hervey brachte einen Änderungsantrag ein, wonach jeder erwachsene männliche und weibliche europäische Angehörige einer vormals schuldigen Macht, der am 1. Januar 1924 seinen Wohnsitz in Südwestafrika hatte, sechs Monate nach Inkrafttreten der Bill als britischer Bürger unter der Bill von 1919 naturalisierter Staatsangehöriger gelten soll, außer wenn er binnen dieser sechs Monate eine schriftliche Erklärung abgab, daß er nicht naturalisiert zu werden wünsche. Auf Antrag von Smith wurden noch die Worte eingefügt „oder an iracundiger Zeit vor Beginn der Laufzeit dieser Bill“. Das soll sich auf die Personen beziehen, welche zwischen dem 1. Januar 1924 und dem Inkrafttreten der Bill nach Südwestafrika zurückkehrten. General Hervey stimmte diesem Änderungsantrag zu. (S. T. B.)